

schäftlichen Bewerten nicht gemessen ist? Und die Wirtschaftsjahre, die Tagesblätter aufbauen, sammeln sie nicht damit politische Macht an, die sich mit dem Willen des demokratischen Staats nicht verträgt und unsere Kulturentwicklung aufs Schwerste gefährdet?

Wenn dem konservativen Gedankensystem, den Sie glücklich hervorheben, und dem christlich demokratischen, Recht im Zentrumsgedanken der soziale. Wenn sich auch die Formen, in denen wir diesen sozialen Gedanken politisch im Staat und Wirtschaft gestaltet und zu verwirklichen suchen, im Vergleich zu den Zeiten eines Tages ändern werden und müssen, das Zentrum verliert seinen Geist und den Boden unter den Füßen. Und hier steht ich selber vor dem Problem der Zukunft. Es scheint mir, als ob wir ein sozialer Geist und menschlicher sozialer Gestaltungsgeist allgemein genommen schwächer würden. Der Sozialismus der Novemberrevolution brachte die Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmer und Arbeiter. Heute liegt diese Gemeinschaft sozialer Verbundenheit und innerweltlichen Friedens fast hoffnungslos in schwerer Krise. Der Kampf um die anderweitige Regelung der Arbeitszeit wird von einem Großteil der Unternehmer in Formen und Methoden geführt, die jegliche Verbundenheit vernichten lassen. Was wir also an einigenden politischen Ideen immer ausfindig machen können, es droht alles in aufwühlenden und erbitterten sozialen Kämpfen verlorene zu gehen. So kann es unmöglich bleiben. Schließlich muß doch unter den Zugelassenen des Zentrums der Typus Unternehmer gefunden werden, der nicht den Kampf, sondern Frieden als Ziel anbietet und, und der über andere Methoden der Auseinandersetzung zwischen Kapital und Arbeit verfügt, als die Methode von heute. Davon hängt politisch in den nächsten Monaten viel ab. Unsere Zentrumspartei erhält ihren sozialen Geist, aber sie wird nicht mehr sein. Wenn auch die sozialistischen Ideen erstarkt sind, es ist ein gefährlicher System, anzunehmen, daß wir nur ganz einfach in vergangene Zustände zurückverfallen können.

So wollen wir mit Ihnen die Schaltung und Stärkung unserer Zentrumspartei, so wie sie war und unverändert bleiben soll. Der Zentrumsgedanke hat nicht gelitten, er wird durch nur noch restloser Erfüllung. Der Weg zur Sammlung und zur Arbeit kommt zur rechten Zeit. Er wird gehört und befolgt werden.

### Reichensschutz der Zentrumspartei

Berlin, 21. Januar. Sonntag vormittag um 10 Uhr begann in der Reichshausung die Tagung des Reichstages der deutschen Zentrumspartei, nachdem schon am Samstag eine Sitzung des Parteivorstandes stattgefunden hatte. Zunächst ergriß Reichsleiter Dr. Marx das Wort zu einer Begrüßung der zahlreich aus dem ganzen Reich erschienenen und bezeichnend dann nach längerer Ausföhrung die Stellung der Partei zu der inneren und äußeren Politik. Das zweite Wort hielt der Minister für die besetzten Gebiete Dr. Hoffe, der zunächst einen Überblick über die Lage der besetzten Gebiete, sowohl Klein- und Ruhrgebiet wie auch Pfalz gab und dann die Stellung der Partei zu dieser Politik darlegte. Minister Hoffe ging auf alle Fragen, sowohl politische wie wirtschaftlicher Natur ein, behandelte die Frage des Finanznotstands, die Frage der rheinischen Kohlenabgabe und kam zum Schluß zu dem Ergebnis der deutschen Verfassung, mit Frankreich zu einer Verständigung zu kommen, um einen Notstand zu vermeiden. Er warnte davor, große Hoffnungen auf England und die in Aussicht stehende Regierung der Arbeiterpartei zu setzen. Die Ausführungen des Ministers Hoffe fanden lebhaftes Zustimmung. Die Politik des Ministers wird voraussichtlich noch in einer Resolution ihre Zustimmung finden.

### Handarbeitsminister auf einen Westzug

München (Schleswig-Holstein), 21. Januar. Auf einem Festzug, der sich anlässlich des Reichsgründungstages durch die Straßen von Tschelme bewegte, wurde ein Handarbeitsminister verhaftet. Dabei wurden 14 Personen verletzt, zwei Frauen und zwei Reichswachtmeister schwer. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden. Man nimmt an, daß das Attentat von Kommunisten ausgeführt wurde, die schon tags vorher gedroht hatten, etwas gegen den Festzug zu unternehmen.

### Der Reichsfinanzminister für Abbau der Privatlöhne

Berlin, 21. Januar. Der „Montags Morgen“ veröffentlicht mit Angabe des Ministeriums ein vom 14. d. M. an den Reichsfinanzminister gerichtetes Schreiben des Reichsfinanzministers, worin der letztere für eine Anpassung der Privatlöhne an das Niveau des Einkommens des Staatsarbeiters und Angestellten eintritt, soweit dieses niedriger ist. Gleichzeitig ergeht der Finanzminister mit einer entsprechenden Einwirkung auf die Arbeitgeberverbände.

### Die Unterzeichnung des italienisch-jugoslawischen Vertrages

Rom, 21. Januar. Offiziell wird bekannt, daß der jugoslawische Ministerpräsident am 25. Januar in Begleitung von Ministerpräsidenten in Rom eintrafen wird. Aus diesem Anlaß wird ein offizieller Empfang stattfinden. Am gleichen Tage soll auch die Unterzeichnung des Vertrags zwischen dem jugoslawischen Ministerpräsidenten und dem König empfungen werden und an diesem offiziellen Essen bei Hofe teilnehmen.

### Das tchische Volksgesetz auf Landtagsauflösung

Prag, 21. Januar. Nach § 1 Abs. 2 des Gesetzes über Volksbegehren und Volksentscheid vom 8. März 1921 kann das Abgeordnetenhaus bei dem Antrag auf Auflösung eines Volksbegehrens von der Behörde der Unterzeichnung von 1000 Stimmberechtigten absehen, wenn der Vorstand einer Vereinigung den Antrag stellt, und glaubhaft macht, daß 20.000 ihre ihm übergebenen Mitglieder den Antrag unterstützen. Der von dem Landesparlamentsrat der vereinigten tschechoslowakischen Partei Sachens am 4. d. M. gestellte Antrag auf Auflösung eines Volksbegehrens über Auflösung des Landesbegehrens ist zu berücksichtigen, so daß die gesetzliche Voraussetzung erfüllt ist. Der Landesparlamentsrat ist deshalb aufzulösen worden, den Rat zu führen, daß er die Eigenschaften des Vorstandes einer Vereinigung im Sinne des Gesetzes besitzt.

### Die erschütterte Stellung v. Kahr's

Berlin, 19. Januar. Die Diskutur des Generalkommissars von Kahr in Bayern scheint sich, wenn nicht alle Anzeichen trügen, ihm am Ende zuzuwenden. Die Aussprache im Verfassungskonferenz des bayerischen Landtages hat ergeben, daß alle Parteien, auch die Deutschnationalen, es müde sind, sich länger die Herrschaft des Herrn von Kahr gefallen zu lassen. In diesem Zusammenhang der Stimmung dürfte wesentlich beigetragen haben das inneren etwas zweideutige Verhalten des Herrn Kahr anlässlich des Hitzepunktes, dann aber auch Übergriffe, die er sich gegenüber der bayerischen Regierung herausgenommen hat. Durch Mitteilungen des bayerischen Innenministers Dr. Schmeiser ist festzustellen, daß Herr von Kahr eine ganze Reihe von Verfügungen getroffen hat, von der die bayerische Regierung bisher keine Kenntnis hatte, da sie ihn nicht vorgelegt worden sind. Bemerkenswert ist schließlich auch die Tatsache des Führers der bayerischen Volkspartei, der erklärt, daß Bayern heute keine Unordnungszustände erleben kann, in der kein anständiger Mensch seines Lebens sicher ist. Da auch der Führer der bayerischen Arbeiterpartei (Deutschnationaler Dr. Hilpert) zugestanden hat, daß man zu anderen Mitteln übergehen müsse, so ist die Stellung des Herrn von Kahr vor Gericht als Generalkommissar

# Dr. Stresemanns Antwort an Poincaré

## Empfang der ausländischen Presse

Berlin, 21. Januar. Bei einem Empfang der ausländischen Presse in der Presseabteilung der Reichsregierung, zu der auch der Reichskanzler mit den Mitgliedern des Reichskabinetts erschienen war, ergriff der Reichsaußenminister Dr. Stresemann das Wort zu einer Ansprache, in der er u. a. folgendes ausführte:

Es ist für Deutschland ein Zeichen von Bedeutung, daß den Sachverständigenkomitees die Lösung der Reparationsfrage gelingt. Selbstverständlich wird die deutsche Regierung ihrerseits alles tun, um dem Komitee die Tätigkeit zu erleichtern, sie würde es begehren, wenn die Mitglieder persönlich nach Berlin kämen, um sich an Ort und Stelle ein Urteil über die Lage Deutschlands und die Ursachen seiner Not zu bilden. Hinsichtlich des Meinungsabtausches mit Paris und Brüssel habe und die französische und die belgische Antwort mancher Enttäuschung bereitet, gleichwohl halten wir an der Hoffnung fest, daß die Fortsetzung der im Gange befindlichen Diskussion doch noch zu einem Ergebnis führen kann. Es ist mir unerschütterlich, wie und als Verneiner vorgehalten werden kann, daß wir bestritt seien, unseren Einfluß in den besetzten Gebieten wieder zu erlangen. Selbstverständlich verfolgen wir dieses Ziel, dessen Legitimität niemals strittig sein kann. Dies zu verweigern, oder gar als eine Art von Demütigung hinzustellen, ist unvereinbar mit der wiederholten Versicherung des französischen Ministerpräsidenten, er denke nicht daran, deutsches Gebiet zu annektieren oder unter französischer Einfluß zu bringen. Es ist unvereinbar auch mit der gleichfalls wiederholten Versicherung der französischen Neutralität gegenüber inneren deutschen Tragen.

Wegen der Forderung des französischen Ministerpräsidenten, daß Frankreich nichts getan habe, um die deutsche Reichseinheit zu gerättern, und daß Frankreich insbesondere der politischen Entwicklung volle Freiheit lasse, sprechen die Tatsachen eine andere Sprache. Die Politik des Generals de Weydese ist eine andere Sprache. Die Politik des Generals de Weydese ist die treue deutsche Bevölkerung der Pfalz der Herrschaft einer separatistischen Kührbande ausgeliefert.

Das Treiben in der Pfalz bedeute eine Kulturhande. Reich und Völker bilden in dankbarer Erinnerung auf die pfälzische Bevölkerung, die dort auf einseitigen Kosten treu zum Weiche hält. Wir hoffen, nicht vergeblich an des Soldatenratunges der ausländischen Pressevertreter zu appellieren, wenn wir sie bitten, sich mit uns dafür einzusetzen, daß der Verengung der Meinungsfreiheit in besetzten Gebieten ein Ende gemacht und die Pressefreiheit, die elementare Voraussetzung und Grundlage freier Verfassungslebens und moderner Zivilisation, in besetzten Gebieten wieder hergestellt wird.

Die Befreiung Poincaré's, daß Deutschland Sachlieferungen an alliierte Staaten nur deshalb gestattet habe, um sich die dortigen Abnehmer zu ersparen, ist unvereinbar mit der Tatsache, daß nach dem in den bekannten Wiesbadener Abmachungen vorgesehenen Verfahren die Initiative bei Rücklauf von Sach-

lieferungsverträgen ausschließlich bei den Alliierten liegt, die den Gegenstand des Vertrages zu bestimmen haben. Von dem Wiesbadener Verfahren hätte Frankreich ebenso gut wie die anderen Alliierten Gebrauch machen können. Ein weiterer Vorwurf des französischen Ministerpräsidenten bezieht sich auf das Abkommen der deutschen Eisenbahnverwaltung mit der belgisch-französischen Regie. Tatsächlich hat die Reichsbahnverwaltung sehr Aufgabe des passiven Widerstandes 37.000 offene Güterwagen nicht gestellt, als von der Regie zurückgekommen sind. Was die von dem französischen Ministerpräsidenten erwähnten 800 Lokomotiven betrifft, so hat die Regie selbst von uns bisher nicht 800, sondern nur 300 Lokomotiven gefordert. Selbst diese Forderung war nicht berechtigt, da die Regie mit den in ihrer Hand befindlichen 3723 deutschen Lokomotiven bereits über mehr Lokomotiven verfügt, als bei dem jetzigen Stand des Verkehrs erforderlich ist.

Der französische Ministerpräsident stellt es als den Anspruch der französischen Politik gegen Deutschland hin, daß Deutschland ohne Freilassung des Landes an Rhein und Maas zu keinerlei Reparationsleistungen zu bewegen sei, und daß andere von Deutschland gestellte Forderungen nicht zur Auslösung, sondern nur zur Verstärkung jenes Pfandes dienen dürften.

Das Gegenteil ist der Fall. Solange die deutsche Wirtschaftseinheit nicht wiederhergestellt ist, ist auch eine deutsche Reparationsfähigkeit nicht gegeben.

Ich komme damit auf den Grundgedanken der deutschen Politik zurück, der kein anderer sein kann, als in dem und vom Versailles Vertrag gelassenen Grenzen die deutsche Souveränität ungeschmälert zu erhalten. Würde dieser Grundgedanke verlassen, so wäre die Folge nicht nur die Weiterverlängerung Deutschlands, sondern unangenehm auch eine schwere Berrüttung des französischen Wirtschaftslebens, deren erste alarmierende Anzeichen in den letzten Wochen erste Ergebnisse in der französischen öffentlichen Meinung ausgelöst haben.

Vor einem Wandel in der Pfalz? Mannheim, 21. Januar. Die Herrschaft der Separatisten in der Pfalz scheint zu Ende zu gehen und es besteht die Aussicht, daß die deutschen Behörden zurückkehren und daß dadurch die Störungen, die durch die Ausschaltung der deutschen Behörden in vielen Bezirken in der Ausübung der Einwohnerlistenführung hervorgerufen wurden, in Wegfall kommen.

London, 21. Januar. Der Kolonialer Berichterstatter des Times Chroniker meldet, man könne bereits voraussagen, daß der Bericht von Elze sich gegen die französischen Behauptungen werden werde, wonach die separatistische Bewegung in der Pfalz als ein spontaner Ausbruch des Volkswillens bezeichnet werden müsse.

### Kurze Nachrichten

Karl Erler ausgewiesen. Der Direktor des evangelischen Kirchenverbandes Herr Karl Erler, der seinerzeit zu einem Jahre Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe von den Franzosen verurteilt worden war, ist ausgewiesen und an der Grenze des besetzten Gebietes abgesetzt worden.

Todesurteil für einen Kasillen. Sämtliche öffentlichen Körperlichkeiten Todesurteil unter Führung des Generaloberstleutnants haben an die Regierung das Gesuch gerichtet, bei der Einteilung der Monarchie in Regionen Toledo als Hauptstadt von Kasillen zu wählen.

Der neue polnische Außenminister. Der Präsident der Republik hat gestern den bisherigen polnischen Botschafter in Paris, Grafen Samojewski, zum Minister des Auswärtigen ernannt.

Sieben Kriegsschiffe nach Vera Cruz. Wie aus Washington gemeldet wird, haben ein amerikanisches Kreuzer und sechs Zerstörer, die sich gegenwärtig in den Gewässern von Panama aufhalten, den Befehl erhalten, nach Vera Cruz abzufahren.

Ein deutsches Segelschiff überfällig. Seit 14 Tagen ist das 300-Tonnen-Segelschiff „Harald“ überfällig das Ende Juni 1923 den Hamburger Hafen zur Fahrt nach China verließ. Die letzte Nachricht des Seglers vom 18. Oktober stammt aus der Hall-Strasse. Die Besatzung betrug 40 Mann. Es besteht wenig Hoffnung, daß das Schiff noch im Heimathafen eintrifft können.

Der „Leviathan“ auf Grund gefahren. Der Riesendampfer „Leviathan“ ist auf seiner letzten Amerikareise bei Storden Island festgelaufen. Dreißigstündiger Schleppe hatten sieben Stunden ununterbrochen zu arbeiten, den 55.000-Tonnen-Koloss von Robbins Reef, wo er aufschiff, abzuschleppen und ihn glücklich nach Hoboken zu bugieren. Das Schiff wird, wie die Beamten der United States Lines erklären, vier Monate nach Verlust auf Trodenboden gelegt werden. Die Kapitänspassagiere des „Leviathan“ mußten nach dem Festfahren auf See ausgeladet werden. Es herrschte größte Aufregung auf Bord, die von der Schiffbesatzung nur mit Mühe unterdrückt werden konnte. Aber auch an Land, wo die Angehörigen und Freunde der „Leviathan“-Passagiere standen, war die Erregung groß. Man sah in der Ferne den Dampfer festliegen und wachte nicht recht, was passiert war. Die Erregung wuchs, als man einige Dutzend Schleppe und Dampfer mit Vollkraft auf den Riesendampfer aufzuckern sah. Die Uebernahme der Passagiere erfolgte ohne Schwierigkeiten, doch konnten sie nur ihr Handgepäck mitnehmen, ihre Koffer mußten an Bord bleiben. Circa 1000 Personen, die auf dem Pier 46 Stunden ununterbrochen gewartet hatten, unternahmen, sobald sie erfuhr, daß ihre Freunde an Bord der Nahrungsbote waren, einen Sturm auf den Ankerplatz, und die Polizei konnte nur mit Mühe die Ordnung aufrechterhalten. Wie der Unfall entstanden ist, konnte noch nicht aufgeklärt werden. Der Letzte meinte, es sei Verwirrung gekommen, die „Leviathan“ trotz des Nebels einzufahren, was für einen Dampfer dieser Dimensionen geradezu eine Unmöglichkeit ist.

Eine neue Anleihe der Reichsbahn. Frankfurt, 21. Januar. Der Reichsbahndirektor, vertreten durch das Reichsverkehrsministerium, hat nach Informationen der „Frankf. Zeitung“ eine Anleihe von 100 Millionen Goldmark, die unter Umständen auf 300 Millionen erhöht werden kann, mit der Gemeinschaftsgruppe deutscher Hypothekendarlehen geschlossen.

Gründung einer deutschen Emissionsbank in der Schweiz. Paris, 21. Januar. Von den Morgenblättern beschäftigt sich das „Journal“ mit den Sitzungen der Sachverständigenkommission. Das Blatt glaubt zu wissen, daß Dr. Schacht in der heutigen Sitzung der Sachverständigen zur Gründung einer selbständigen Emissionsbank in der Schweiz internationale Zuschüsse in Höhe von ein bis zwei Millionen Goldmark erbeten werde. Das Blatt verhält sich dem Plane Dr. Schachts gegenüber mehr als „kritisch“.

Rechenschieber aller Systeme, Reibzeuge usw. Technische Buchhandlung Fingerhut & Meier, Dresden Sachsenplatz 4, Fernruf 33092, Reichstraße 18, Ecke Schnorrstr.

### Berliner Vorkurse

Berlin, 21. Januar. Aus New York wird ein unveränderter Kurs von 23,4-24 gemeldet, was einer Durchschnittsprämie von 4,2 für den Dollar entspricht. In London konnte die Mark mit einem Kurse von 18,5 für den Pfund eine Steigerung erzielen. Vom internationalen Kapitalmarkt ist noch das besonders harte Fallen der dänischen Krone im Verhältnis zum englischen Pfund hervorzuheben. Targen erfuhr die französische Bulata nach dem letzten großen Sturz am Freitag und Sonnabend keine nennenswerte Veränderung. -- Die Stimmung am Effektenmarkt bleibt lustlos. Das Publikum wartet teilweise aus Gründen des Geldmangels eine starke Zurückhaltung. Die Befreiung des Kreditmangels hängt auch die Spekulation von der Ausübung neuer Engagements in großem Umfange abhänghen.

### Berliner Devisenkurse vom 21. Januar (Amtlich)

Table with columns for currency types (Goldmark, Dollar, etc.) and exchange rates. Includes a note '1 Goldmark = 1 Billion'.

### Berliner Börse

Table showing stock market prices and indices for various companies like Siemens, AEG, and others.

### Wetterbericht der Dresdner Wetterwarte

Luftdruckverteilung: Rhein-Def unter 750 mm Luftdruck auf Ostikum, neue Def unter 725 mm Luftdruck über Ostikum. (Zentrum 64 Nordbreite, 32 Weichheit). Hochdruck über 765 mm über weichheit Europas. Wetterlage: Randströmungen der von Südströmungen nach dem West zum fortgeführten D-pression, die in unserem Gebiet bei stark veränderlicher Witterung auch Niederschläge bringt. Die Windrichtungen sind zum Teil beträchtlich geblieben. In den höchsten Lagen des Erzgebirges herrscht Nordwind. Im Süden der D-pression treten anziehende Kaltluftmassen Temperaturrückgang und Barometeranstieg hervor. Über den britischen Inseln und westlich Frankreichs steht eine Niederschlagsfront; diese wird voraussichtlich in den nächsten Tagen die Witterung in unserem Gebiete beeinflussen, jedoch bald wieder abziehen und Temperaturrückgang zu verzeichnen sind. Vorhersage: Noch vorübergehend kalt bewölkt, Abnahme des Temperaturanstieges, zeitweilige Niederschläge, w. fische Winde.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: i. W. Max Domagala, Dresden. Für den Anzeigenenteil: Josef Bohmann, Dresden.